

Soziale Dienstleistungen, Arbeitszeitverkürzung, Vermögensbesteuerung – Elemente einer emanzipatorischen Sozial- und Wirtschaftspolitik in Europa

Markus Marterbauer

Zehn Millionen Arbeitslose mehr als vor Beginn der Finanzkrise, darunter zwei Millionen Jugendliche; drastische Zunahme von Armut und sozialer Ausgrenzung; Abbau von Sozialleistungen gerade dann, wenn sie dringend gebraucht werden; Wirtschaftsleistung und Realeinkommen noch immer unter dem Niveau von 2007: Die Europäische Union befindet sich im siebten Krisenjahr.

Neoliberale Politik hat die Krise durch den Abbau staatlicher Regulierungen von Banken und Finanzmärkte und die Zunahme der Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen verursacht, sowie durch die Austeritätspolitik verschärft. Nun nutzt sie die Krise, um ihre politische Agenda voranzutreiben: Den Abbau des Sozialstaates und die Schwächung der Gewerkschaften. Die zentralen Elemente der EU-Wirtschaftspolitik bilden erstens der Binnenmarkt für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit, zweitens die auf Vorrang für Preisstabilität verpflichtete unabhängige Europäische Zentralbank und drittens die mit dem Fiskalpakt dauerhaft auf Restriktion ausgerichteten Vorgaben für die Budgetpolitik. Diese Konstellation ist gegen emanzipatorische Zielsetzungen wie Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit gerichtet und damit gegen die Konzeption eines guten Lebens für alle, denn sie beeinträchtigt die wirtschaftlichen Grundlagen und die Freiheit der sozial Schwächeren.

Wie so oft lohnt es sich auch in der europäischen Politik, im Konkreten zu beginnen. Der unmittelbare Ansatzpunkt fortschrittlicher Wirtschaftspolitik wäre der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen. Armut und soziale Ausgrenzung müssen an ihrer Wurzel bekämpft werden. Daher müssen wir in Österreich ein dringendes Interesse an der Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, Kroatien und allen anderen Ländern haben: Aus Mitgefühl mit den Opfern der Finanzkrise, im Wissen um die verheerenden Wirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit auf Gesellschaft und Demokratie und in Kenntnis des Drucks auf Löhne und ArbeitnehmerInnenrechte bei uns, der von Arbeitslosigkeit bei unseren Handelspartnern ausgeht. Für eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen viele Instrumente zusammenspielen, die bei der Hauptursache des Problems, der starken Unterauslastung der gesamten Wirtschaft ansetzen. Unmittelbar gilt es, Ausgabenkürzungen und Lohnsenkungen in den Krisenländern zu stoppen, um Spielraum für eine Erholung von Investitionen und Konsum zu schaffen. Dann müssen expansive Impulse folgen, etwa durch ein Investitionsprogramm für Infrastruktur und ökologischen Umbau der Wirtschaft sowie ein kommunales Programm für Beschäftigung und Ausbildung der Jugend. Dafür wären in den nächsten Jahren Finanzmittel von sicher mehr als hundert Milliarden Euro notwendig; viel Geld, aber doch wenig in Relation zu den 630 Milliarden Euro, die die Banken als Mitverursacher der Krise bislang aus Staatsgeldern bekommen haben.

Heute stellt sich die Frage der Finanzierung dieser Maßnahmen dringlicher als je zuvor. Denn infolge der enormen Kosten von Bankenrettungen und der krisenbedingten Einnahmehausfälle sind die Staatsschulden auf ein langfristig nicht tragfähiges Niveau

gestiegen. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist ohne höhere Steuern kaum finanzierbar. Aus emanzipatorischer Perspektive sind Finanzierungs-, Stabilisierungs- und Umverteilungsinteressen zu vereinen, indem höhere Steuern auf Vermögensbestände und das Finanzsystem erhoben werden. Hier besteht Handlungsspielraum auf nationalstaatlicher Ebene, doch was die Besteuerung des Finanzkapitals angeht ist eine supranationale Koordination unumgänglich. Dafür sind handlungsfähige und demokratisch legitimierte Strukturen auf europäischer Ebene notwendig, die durch einen Ausbau der Kompetenzen des Europäischen Parlaments erreicht werden können (Habermas 2013a).

Die tiefe soziale und wirtschaftliche Krise wird die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verschärfen. Es ist offen welches politische Projekt sich dabei durchsetzt (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2012). Entscheidend wird sein, ob die fortschrittlichen Kräfte Europas in der Lage sind, die EU von ihrer Strategie der autoritären Austeritäts- und Wettbewerbspolitik zu lösen und das traditionelle nationalstaatliche soziale Projekt auf europäischer Ebene weiter zu entwickeln (Oberndorfer 2013).

1. Der Nachkriegskompromiss einer reinen Wachstumsorientierung ist nicht mehr tragfähig

Das emanzipatorische Projekt für die EU kann im Konkreten beginnen. Doch es muss sich auch grundsätzlichen Fragen stellen. Was sind die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und Ansatzpunkte für eine gerechtere Gesellschaft, die unter der Rahmenbedingung hohen Wohlstandes ein gutes Leben für alle ermöglicht? Der Nachkriegskompromiss bestand darin, gemeinsam mit konservativen Kräften auf hohes Wirtschaftswachstum zu setzen. Wenn der Kuchen wächst, fällt die Verteilung der Kuchenstücke an alle leicht. Doch die Rückkehr zu einer Konstellation, in der hohes Wirtschaftswachstum die grundlegenden Verteilungskonflikte kalmiert, ist aus vielen Gründen unwahrscheinlich:

- Die wirtschaftshistorische Erfahrung lehrt, dass tiefe Finanzkrisen eine lange Phase schwacher Entwicklung nach sich ziehen (Reinhart/Rogoff 2009).
- Der Material- und Ressourcenverbrauch setzt einer Strategie des forcierten Wirtschaftswachstums natürliche Grenzen (Fischer-Kowalski/Schaffartzik 2008).
- In Volkswirtschaften mit hohem Einkommensniveau wird die Lebensqualität stärker durch die Ausgestaltung des sozialen Institutionensystems und die Verteilung des Wohlstandes bestimmt als durch den weiteren Anstieg der Einkommen (Wilkinson und Pickett 2009).
- Einen möglichst hohen Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen zu postulieren, ohne die Frage zu stellen, was und wie produziert und verbraucht wird, wäre ohnehin fahrlässig; selbst der liberale Ökonom John Maynard Keynes hat darauf hingewiesen, wie stark bei einem hohen Niveau des Wohlstandes die Verteilung der Einkommen und der immaterielle Konsum in Form von mehr Freizeit an Relevanz gewinnen (Keynes 1930).
- Schließlich wäre es eine Illusion zu glauben, die konservativen und neoliberalen Kräfte, die heute die EU dominieren, wären an einem Kompromiss interessiert. Sie haben vielmehr das Hayek'sche Ziel der Schaffung eines Kapitalismus ohne soziale und demokratische Beschränkungen nahe vor Augen (Streeck 2013).

Umso mehr müssen fortschrittliche ÖkonomInnen die Fragen nach der gesellschaftlichen Definition von Wohlstand und der Erreichung von Freiheit für alle Menschen in den Mittelpunkt rücken (Zinn 2010). Damit bleiben der technische Fortschritt und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität für die Erhaltung des Wohlstandes und eine innovative wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Die Frage in welcher Form diese Erträge konsumiert werden, ist allerdings neu zu stellen.

Ich möchte deshalb drei Elemente skizzieren, auf die sich eine emanzipatorische Strategie für Österreich und Europa unter den Rahmenbedingungen schwachen Wirtschaftswachstums, Skepsis gegenüber dem Konsumismus, der Berücksichtigung von Zielen der Verteilung des Wohlstandes und der ökologischen Nachhaltigkeit konzentrieren könnte: Den Ausbau einer materiellen Grundsicherung durch ein umfassendes System sozialer Dienstleistungen und sozialen Infrastruktur, ergänzt um die Förderung einer immateriellen Grundausrüstung mit mehr Freizeit durch eine forcierte Politik der Verkürzung der Arbeitszeit und die merkbare Besteuerung von Vermögensbeständen und Vermögensübertragungen.

2. Materielle Grundsicherung durch soziale Dienstleistungen

Zielsetzung eines emanzipatorischen wirtschafts- und sozialpolitischen Projektes muss es sein, allen Menschen gleichermaßen vollen Zugang zu Gesundheit und Bildung, Wohnraum und gesellschaftlicher Mitbestimmung zu schaffen sowie angemessene soziale Absicherung und Mobilitätsmöglichkeiten zu garantieren. Mit einem so postulierten Recht auf Beteiligung am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt kann die gerechtfertigte Anerkennung der gesellschaftlichen Leistung der sozial Schwächeren gelingen. Damit werden solidarische Beziehungen ermöglicht, auf denen ein selbstbestimmtes Leben fußt und Freiheit für die Einzelnen geschaffen wird (Honneth 2011). Das Recht auf den Zugang zu diesen öffentlichen Leistungen ist auch einem monetären Grundeinkommen eindeutig vorzuziehen, weil es am Konzept des erfolgreichen Sozialstaates anschließt und deutlich günstigere Verteilungswirkungen hat.

Der Sozialstaat ist eine der größten Errungenschaften der Zivilisation, er hat wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg Europas und einer stärker an Gerechtigkeit ausgerichteten Verteilung des Wohlstandes beigetragen. Er hat sich in der Finanzkrise bewährt, indem er Einkommensausfälle kompensiert, die Erwartungen stabilisiert und so den Wirtschaftseinbruch abgefedert hat; damit hat er einmal mehr seine Überlegenheit gegenüber privaten Formen der Absicherung in einzelwirtschaftlicher wie auch in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht unter Beweis gestellt. Dennoch kommt er massiv unter Druck, weil die Massenarbeitslosigkeit seine Finanzierungsgrundlagen gefährdet und politisch jene Kräfte stärkt, die die sozialen Errungenschaften zurückdrängen wollen. Tony Judt hat die Bedeutung des Kampfes um die sozialen Errungenschaften betont (Judt 2010): In der durch Finanzkrise und Arbeitslosigkeit bestimmten Periode von Angst, Unsicherheit und anhaltend hohem Tempo der wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen stellt der Sozialstaat Sicherheit für die sozial Schwächeren und die Mittelschicht bereit. Damit setzt er einen Schritt in Richtung der Chancengleichheit der Armen mit den Reichen. Den Vermögenden gibt ihr Vermögen Sicherheit gegen die Risiken des Lebens. Der Sozialstaat kann den sozial Schwächeren wenigstens teilweise das sein, was den Reichen ihr Vermögen ist. Deshalb muss er mit aller Kraft gegen den neoliberalen Angriff verteidigt werden.

Gleichzeitig kommen auf den Sozialstaat große Herausforderungen zu, denen am bes-

ten mit dem Ausbau des Angebots an sozialen Dienstleistungen zu begegnen ist. Die finanziellen Belastungen durch die demografische Verschiebung wird am wirkungsvollsten mit der Erhöhung künftiger Einkommen durch Investitionen zugunsten von Kindern bewältigt: „The best pension reform begins with babies“ (Esping-Andersen 2009). Für die Veränderungen in den Familienstrukturen, die die traditionelle Betreuungskultur in der Familie brüchig werden lassen, bietet sich der Ausbau von kommunaler Kinderbetreuung und Pflege nach skandinavischem Vorbild an. Die zunehmende Ungleichheit der Verteilung der Einkommen droht mit dem Sozialstaat traditioneller Prägung auf Basis des Versicherungsprinzips nur perpetuiert zu werden. Soziale Sachleistungen hingegen kommen allen Bevölkerungsgruppen zugute, in Relation zu ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten profitieren jedoch die unteren und mittleren Einkommensgruppen am stärksten.

Der Umbau des Sozialstaates durch die Ausweitung des Angebots an sozialen Dienstleistungen stellt die offensive Strategie emanzipatorischer Sozialpolitik dar. Der flächendeckende Ausbau von Kindergärten und Pflegeleistungen ist unmittelbar die wichtigste Aufgabe. Mit Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen wird dem Verteilungsziel der Sicherung der Chancengleichheit durch Verringerung der sozialen Vererbung am besten gedient. Die Verfügbarkeit von Pflegeheimen und kommunalen Haushaltshilfen entspricht dem Ziel der Sicherung der Lebensqualität im Alter.

Der Ausbau sozialer Dienstleistungen von Kindergärten über Sozial- und Integrationsarbeit bis Pflegeleistungen ist teil einer sozialen Investitionsstrategie, die die Menschen in jenen Lebensphasen besonders unterstützt, in denen sie in höchstem Maß schutzbedürftig sind, ganz besonders am Anfang und am Ende des Lebens. Es sind Investitionen in die Chancengleichheit von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, in die Erwerbstätigkeit der Frauen und damit deren eigenständige sozialer Absicherung. Damit handelt es sich um Investitionen in die Stabilität der Gesellschaft.

3. Materielle Grundsicherung durch öffentliche Infrastruktur

Mit dem Ziel, der breiten Masse der Bevölkerung Zugang zu leistbarem Wohnraum zu verschaffen, bildete auch der soziale Wohnbau in vielen europäischen Ländern über lange Jahrzehnte einen wesentlichen Teil des Sozialstaates. Heute ist dieses Konzept fast nur noch in Österreich realisiert und auch hier hat es einschneidende Verschlechterungen gegeben. Dies obwohl sich die öffentliche Regulierung des Wohnungsmarktes gerade in der jüngsten Immobilien- und Finanzkrise als überlegen gegenüber der angelsächsischen Idee erwiesen hat, den Wohnbau den freien Märkten zu überlassen und die Wohnraumfinanzierung über Hypothekarkredite zu organisieren.

Um die Wohnungskosten für den einzelnen Haushalt zu begrenzen, müssen zwar die Mieten reguliert werden, ohne gleichzeitig das Angebot an sozialem Wohnraum auszuweiten, kann dies aber nicht erfolgreich sein. Das Angebot an Mietwohnungen auf kommunaler Ebene und staatlich geförderter Wohnbau durch Genossenschaften soll der breiten Masse der Bevölkerung zur Verfügung stehen und nicht nur einem kleinen Segment von armutsgefährdeten Menschen, wie das die Europäische Kommission in ihrer minimalistischen Sozialstaatsvorstellung vorsieht. Es bildet das Kernstück einer Politik, die eine Grundversorgung der Bevölkerung mit leistbarem Wohnraum sicherstellen will, stellt ein wesentliches Element der sozialen Infrastruktur dar und kommt in Relation zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten vor allem den unteren und mittleren Einkommensgruppen zugute. Mit dem sozialen Wohnbau sind auch positive ökologische Folgen verbunden,

weil etwa der Boden- und Naturverbrauch deutlich geringer ist als bei der Zersiedelung der Landschaften durch Einfamilienhäuser.

Dichtevorteile der Städte betreffen auch die Mobilität. Die Voraussetzung ist ein hoch entwickeltes System des öffentlichen Verkehrs, das den motorisierten Individualverkehr in der Stadt weitgehend obsolet macht. Städten stellen generell Infrastruktur deutlich effizienter bereit, weil sie wirtschaftliche Synergien durch Größen- und Dichtevorteile aufweisen. Mit dem Angebot an sozialen Dienstleistungen und sozialer Infrastruktur ist auch die Möglichkeit der Ausweitung öffentlicher Räume verbunden. Diese stellen eine Voraussetzung für eine Ermöglichung des öffentlichen Diskurses dar, der die Basis für eine demokratische Gesellschaft bildet.

4. Immaterielle Grundausrüstung mit mehr Freizeit

In den letzten Jahrzehnten ist der gesellschaftliche Wohlstand aufgrund des enormen Anstiegs der Arbeitsproduktivität, die teils auch mit einer merklichen Verdichtung der Arbeitszeit verbunden war, stark gestiegen. Seit Beginn der 1980er Jahre haben die ArbeitnehmerInnen nicht mehr vollen Anteil an der Realisierung des Anstiegs der Arbeitsproduktivität in Form von höheren Einkommen gehabt, der Lohnanteil am Volkseinkommen ist beträchtlich gesunken. Dies harret der Korrektur, doch gleichzeitig stellt sich die Frage, in welcher Form die Beschäftigten die höhere Arbeitsproduktivität realisieren wollen: Nur durch steigende Realeinkommen, oder auch durch mehr Freizeit und einen Gewinn an Lebensqualität? Mit der Zunahme des materiellen Wohlstands wird Arbeitszeitverkürzung zu einem der wichtigsten Instrumente der Verbesserung der Lebensbedingungen in der Arbeitsgesellschaft. Dies würde auch den Material- und Energieverbrauch und damit die Umweltbelastung verringern, ohne das Niveau von Einkommen und Konsum zu schmälern.

Die letzte umfangreiche gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erfolgte in Österreich zwischen 1970 und 1975 durch die Verringerung der Wochenarbeitszeit von 45 auf 40 Stunden und die Ausweitung des gesetzlichen Urlaubsanspruchs von drei auf vier Wochen pro Jahr, 1985 wurde die fünfte Urlaubswoche eingeführt. In den Folgejahren gelang es, in vielen Kollektivverträgen die 37,5 bzw. 38,5 Stundenwoche zu verankern. Danach wurde die Arbeitszeit in einer sehr spezifischen Form verringert, indem im Lauf der 1980er Jahre das faktische Pensionsantrittsalter um drei Jahre auf 58 Jahre gesunken ist. Daneben haben seit den 2000er Jahren prekäre Arbeitsverhältnisse stark zugenommen, auch durch Teilzeitbeschäftigung mit niedriger Stundenzahl oder die Ausweitung nicht durchgängiger Beschäftigungsverhältnisse. Das sind Beispiele unerwünschter Arbeitszeitverkürzung.

In anderen EU-Ländern wurde auch in den letzten Jahrzehnten größeres Augenmerk auf Arbeitszeitverkürzung gelegt. Frankreich hat in den 1980er Jahren die 35-Stunden-Woche gesetzlich eingeführt; in Deutschland wurde die Arbeitszeit in den 1980er und 1990er Jahren vor allem in der Industrie auf Basis von Kollektivverträgen markant verringert, zudem wurden sehr erfolgreiche Modelle von Kurzarbeit in der Rezession 2008/2009 angewendet; viele kleinere EU-Ländern haben das Instrument der Verkürzung der geleisteten Arbeitszeit für die Verwirklichung breiterer gesellschaftlicher Zielen eingesetzt, etwa beim Recht auf Teilzeit während der Kinderbetreuungsphase wie es in Schweden oder den Niederlanden verwirklicht ist; oder in zahlreichen Möglichkeiten zu Berufsunterbrechungen und Auszeiten in Belgien; Bildungskarenzen wurden in Dänemark schon in den 1990er Jahren sehr erfolgreich eingesetzt; das Recht auf Bildungsurlaub und Bildungsteilzeit wur-

de in Belgien, Schweden und Frankreich umgesetzt. Innovative Formen der Arbeitszeitverkürzung verbessern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und schaffen mehr Raum für Weiterbildung (Flecker/Schönauer 2010).

Jüngst wurden in Österreich wieder bemerkenswerte Fortschritte erzielt: Im Rahmen von neuen Kollektivverträgen in der Elektro- und Elektronikindustrie sowie in der Stahlindustrie und im Bergbau wurde 2013 und 2014 eine Freizeitoption vereinbart. Sie sieht auf Basis eines Abschlusses einer Betriebsvereinbarung die Möglichkeit einer Umwandlung der Ist-Lohnerhöhung in konsumierbare Freizeit vor. Die vereinbarte Lohnerhöhung von jeweils knapp drei Prozent entspricht einer Reduktion der Jahresarbeitszeit um 60 Stunden und damit einer Ausweitung des Jahresurlaubs um 1½ Wochen, was nennenswerte Wohlfahrtsgewinne für die ArbeitnehmerInnen bedeutet (Soder 2014).

Von dieser Verringerung der Wochenarbeitszeit über Kollektivverträge profitieren überwiegend Männer. Gleichzeitig bildet diese Maßnahme jedoch eine notwendige Voraussetzung für die Verringerung der unbezahlten und die Erhöhung der bezahlten Arbeitszeit von Frauen. Damit wird Arbeitszeitpolitik bei Männern zu einem wichtigen Instrument für die eigenständige wirtschaftliche und soziale Absicherung von Frauen. Ein Trend zu „kurzer Vollzeit“ im Ausmaß von etwa 30 Wochenstunden, wie er als Wunsch in Befragungen immer wieder erhoben wird, könnte – wenn er für Frauen und Männer umgesetzt wird – einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zu einem guten Leben für beide Geschlechter darstellen.

Solche innovativen Formen der Arbeitszeitpolitik leisten einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für den Aufbau der Wissensgesellschaft; sie ermöglichen eine Umverteilung des Lebensarbeitsvolumens und geben entscheidende Impulse für mehr Lebenszufriedenheit; nicht zuletzt stellen sie ein unverzichtbares Instrument der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar.

5. Reduzierung der Vermögensungleichheit

Thomas Piketty (2014) zeigt in seinem bahnbrechenden Werk *Capital in the 21st century* wie die Bedeutung des Vermögensbestandes in den Industriegesellschaften in Relation zur laufenden Wirtschaftsleistung zunimmt und die Konzentration des Vermögensbesitzes steigt. Wir befinden uns auf dem Weg zurück zu einer „patrimonial society“, einer Gesellschaft, in der vererbter Vermögensbesitz einer kleinen Klasse zum bestimmenden Faktor der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung wird. Die Finanzkrise beschleunigt diese Tendenz. Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung auf der einen Seite, die staatliche Rettung von Banken und Finanzsystems sowie die Konzentration des Vermögensbesitzes auf der anderen Seite.

Eine emanzipatorische Politik, die sich gegen diese Entwicklung stemmen will, steht vor enormen Schwierigkeiten, die mit der Zeit noch zunehmen. Die Finanzaristokratie beherrscht die private Medienlandschaft, kauft sich wissenschaftliche Think Tanks und dehnt ihren Einfluss auf die Universitäten aus.

Doch in jüngster Zeit erfuhren die emanzipatorischen Kräfte auf drei Wegen Verstärkung: Erstens durch die umfassende Erhebung des Europäischen Zentralbankensystems zum „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS). Ursprünglich als Basis für eine Analyse der Stabilität des Finanzsystems gedacht, eröffnet der HFCS eine Vielzahl von Studien zur Konzentration des Vermögens in der Eurozone. Auf dieser Datenbasis wurden auch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen für Österreich veröffentlicht.

Diese zeigen nun auch in belastbaren Zahlen, dass große Vermögen existieren, diese stark konzentriert sind und diese Konzentration negative soziale und wirtschaftliche Implikationen mit sich bringt.

So haben Eckerstorfer u. a. (2013) ein Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Österreich im Ausmaß von 1.250 Milliarden Euro festgestellt, von dem auf das oberste Prozent der Haushalte (37.000) ein Anteil von 37 Prozent entfällt (die Millionärshaushalte, die fünf Prozent umfassen, haben einen Anteil von 58 Prozent); Mader u. a. (2014) stellen ein hohes durchschnittliches Vermögen von Singlehaushalten von Männern gegenüber jenen von Frauen fest; Humer u. a. 2013 konstatieren wiederum eine Konzentration der Vermögenseinkommen auf das oberste Prozent der Haushalte.

Zweitens haben die Auswüchse eines hypertrophen Finanzsystems und schamlose Steuerverhinderung von Vermögenden die nationale Steuerbehörden und die OECD auf den Plan gerufen. Sie versuchen nun endlich, Steuervermeidung entschlossener zu bekämpfen. Der automatische Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden kann zusammen mit einem weltweiten Finanzkataster und einer Kapitalsteuer einen Durchbruch im Kampf gegen Steueroasen ermöglichen (Zucmann 2014).

Drittens hat Pikettys Buch zur Bedeutung des Vermögens für die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus eine weltweite Debatte ausgelöst, die weit über die schmale Zunft der ÖkonomInnen hinausgeht. Sogar in dieser kleinen, meist durch neoliberale Vorurteile geprägten Kohorte, befindet sich die politische Rechte in der Defensive, auch weil Piketty aus der neoklassischen Schule kommt und sich in deren akademischen Journalen höchste Ehren erworben hat; konservative Medien versuchen verzweifelt „Fehler“ in den Pikettyschen Daten und Argumenten zu finden, müssen aber notgedrungen der Fülle von empirischen Daten im Werk des Franzosen Tribut zollen. Der Piketty-Hype hat der Debatte um Vermögensniveau und Vermögenskonzentration eine Wendung gegeben, die mit der Datenbasis des HFCS zusätzlich wissenschaftlich gestärkt werden kann.

Entscheidend für die Frage, ob es auf Basis dieser jüngsten Entwicklungen gelingen kann, die Tendenz zur „patrimonial society“ umzukehren, ist die Steuerpolitik und hier die Besteuerung von Vermögensbeständen und Vermögensübertragungen. Eine merkbare Steuer auf Erbschaften, die in Österreich von heute 14 Milliarden auf etwa 20 Milliarden Euro jährlich steigen werden, würde ein Aufkommen in der Größenordnung von 500 Millionen Euro mit sich bringen (Humer 2014). Eine Piketty-Steuer auf Vermögensbestände mit einem Freibetrag von einer Million Euro, einem Steuersatz von ein Prozent für die zweite Million, von zwei Prozent für weitere Millionen und zehn Prozent für Milliarden würde auf Basis einer groben Schätzung ein Steueraufkommen in der Höhe eines hohen einstelligen Milliardenbetrages nach sich ziehen. Diese Steuersätze wären notwendig, um tatsächlich eine Besteuerung und Verringerung der allerhöchsten Vermögensbestände zu erreichen. Spätestens hier beginnen die Schwierigkeiten, die etwa in einer Steuervermeidungsstrategie durch Verlagerung von Vermögensbesitz ins Ausland bestehen. Ihnen ist nur mit einer umfassenden europäischen Kooperation beizukommen.

6. Die Machtfrage stellen

Die Strategie der dominanten konservativen und neoliberalen Kräfte in Europa zielt darauf ab, Finanzkrise und Massenarbeitslosigkeit für einen Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und Sozialstaat, für eine Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen sowie eine ungehinderte Vermehrung des extrem konzentrierten Privatvermögens zu nutzen.

Die emanzipatorischen Kräfte von ArbeitnehmerInnen-, Sozial- und Umweltbewegung müssen die sozialstaatlichen Errungenschaften verteidigen und gleichzeitig endlich Offensivkraft entwickeln. Dies ist heute nur noch in Kombination wiedererweckten nationalstaatlichen Elans und europäischer Kooperation der fortschrittlichen Akteure möglich (Habermas 2013b), denn die Eindämmung des hypertrophen Banken- und Finanzsystems, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Einführung von Steuern auf Vermögensbestände verlangen nach internationaler Zusammenarbeit.

Die wichtigsten Elemente einer emanzipatorischen Wirtschaftspolitik, die auf die Gewinnung von Freiheit für die Einzelnen ausgerichtet ist, müssen bei der Verteilungsfrage ansetzen: Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Umbau des Sozialstaates durch Ausweitung der sozialen Dienstleistungen. Dazu kann eine Verknappung des Faktors Arbeit wesentlich beitragen, die durch eine aktive Beschäftigungspolitik und eine Verkürzung der geleisteten Arbeitszeit erreicht und von der bevorstehenden demografischen Verschiebung unterstützt werden kann. Nur bei Knappheit an Arbeitskräften verschieben sich die Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zugunsten der ArbeitnehmerInnen. Merkbare Substanzsteuern auf Vermögen und auf Erbschaften können die Konzentration des Besitzes auf schmale Bevölkerungsgruppen zu korrigieren versuchen. So können die Kräfteverhältnisse verschoben werden. Auf diese Elemente sollten die Kräfte fortschrittlicher Politik konzentriert werden.

Mit ihrem erfolgreichen Zusammenspiel würde die Machtfrage neu gestellt. Und darum muss es in der emanzipatorischen Perspektive für ein gutes Leben für alle eigentlich gehen.

Literatur

- Eckerstorfer, Paul/Halak, Hannes/ Kapeller, Jakob/ Schütz, Bernhard/ Springholz, Florian/ Wildauer, Rafael (2014) Vermögen in Österreich. <http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Materialien-WuG126.pdf> (15.6.2014).
- Esping-Andersen, Gosta (2009) *The Incomplete Revolution. Adapting to Women's New Roles*. Cambridge.
- Fischer-Kowalski, Marina/Schaffartzik, Anke (2008) Ökologisierung der Arbeit? Arbeit, gesellschaftlicher Stoffwechsel und nachhaltige Entwicklung. In: Washietl/Pfisterer (Hrsg.) *Arbeit – der Mensch zwischen Fremd- und Selbstbestimmung*. Wien/Berlin.
- Flecker, Jörg/ Schönauer, Annika (2010) Neue Politikfelder für eine Renaissance der Arbeitszeitpolitik. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 3/2010.
- Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg., 2012) *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*. Münster.
- Habermas, Jürgen (2013a) *Im Sog der Technokratie*. Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (2013b) *Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2013.
- Honneth, Axel (2011) *Das Recht der Freiheit*. Frankfurt/M.
- Humer, Stefan (2014) *Aufkommen von Erbschaftssteuern. Modellrechnung exemplarischer Tarife*. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 1/2014). http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2014_40_1/2014_40_1_0151.pdf (15.7.2014).
- Humer, Stefan/ Moser, Mathias/ Schnetzer, Matthias/ Ertl, Michael/ Kilic, Atila (2013) *Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung Österreichs*. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 4/2013. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2013_39_4/2013_39_4_0571.pdf (15.7.2014).

- Judt, Tony (2010) *Ill fares the land*. London.
- Keynes, John Maynard (1930/1972) *Economic Possibilities for Our Grandchildren*. In: *The Collected Writings of John Maynard Keynes, Volume IX, Essays in Persuasion*. Cambridge.
- Keynes, John Maynard (1943/1972) *The Long-Term Problem of Full Employment*, *The Collected Works of John Maynard Keynes, Volume XXVII*. Cambridge.
- Mader, Katharina/ Schneebaum, Alyssa/ Hollan, Katarina/ Klopf, Patricia (2014) *Vermögensunterschiede nach Geschlecht: Erste Ergebnisse für Österreich*. http://media.arbeiterkammer.at/wien/MWUG_Ausgabe_129.pdf (26.7.2014).
- Oberndorfer, Lukas (2013) *Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie*. In: *juridikum* 1/2013.
- Piketty, Thomas (2014) *Capital in the 21st Century*. Cambridge.
- Reinhart, Carmen/Rogoff, Kenneth (2009) *This Time is Different. Eight Centuries of Financial Folly*. Princeton.
- Soder, Michael (2014) *die Freizeitoption in Kollektivverträgen*. http://media.arbeiterkammer.at/wien/MWUG_Ausgabe_127.pdf (30.6.2014).
- Streeck, Wolfgang (2013) *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2009) *Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin.
- Zinn, Karl Georg (2010) *Renaissance des Keynesianismus – Keynesianische Wirtschaftspolitik gegen die Krise*. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 1/2010. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2010_36_1/2010_36_1_0009.pdf (30.6.2014).
- Zucmann, Gabriel (2014) *Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird*. Frankfurt/M.